

Stellungnahme

Hochspannungsleitung (HSL) in Balzers – Einige Informationen

In kürzlich erschienenen Leserbriefen wurde die über das Gemeindegebiet von Balzers verlaufende Hochspannungsleitung thematisiert beziehungsweise das Ende der vertraglich vereinbarten Durchleitungsrechte nach 50 Jahren Laufzeit im August 2021. Die Fragestellungen im Zusammenhang mit dieser Leitung sind sehr vielfältig und komplex. Es handelt sich um rechtliche, technische und auch politische Aspekte – wobei bei letzteren nicht parteipolitische, sondern versorgungspolitische Fragen usw. gemeint sind. Die Übertragungsleitung ist Teil der 220kV-Verbindung zwischen Bonaduz (GR) und Rüthi (SG). Aus strategischen militärischen Überlegungen hat die Schweiz vor 50 Jahren die Linienführung über Balzers durchgesetzt. Sechs Masten wurden auf Balzner Hoheitsgebiet errichtet und die Leitungen überqueren insgesamt mehr als 60 Grundstücke, rund die Hälfte sind in Privateigen-

tum, die anderen gehören der Gemeinde bzw. mehrheitlich heute der Bürgergenossenschaft. Datiert vom August 1971 wurde in einem Vertrag für eine Laufzeit von 50 Jahren ein Recht auf Bauen der Masten bzw. Durchleiten von elektrischer Energie festgelegt. Nach Rechtsauffassung der Gemeinde Balzers endet dieser Vertrag und damit das Recht auf den Betrieb der Leitung, ohne dass eine Kündigung nötig wäre. Dennoch hat die Gemeinde der Eigentümerin der Leitung schon 2005 schriftlich mitgeteilt, dass der Vertrag seitens der Gemeinde nach Vertragsablauf nicht verlängert werde. Gleichzeitig wurde die Eigentümerin aufgefordert, bei Bedarf alternative Lösungen für die Leitungsführung zu erarbeiten. Der Netzbetreiberin Swissgrid, der heutigen Eigentümerin der HSL, ist das Ablaufdatum der Durchleitungsrechte bewusst. Dies kann unter anderem auf www.swissgrid.ch

bei den aufgeführten Projekten nachgelesen werden. Swissgrid weiss, dass sie eine Lösung suchen und vorschlagen muss. Ein entsprechendes Bewilligungsverfahren wurde durch Swissgrid in die Wege geleitet. Ihr ist auch bekannt, dass sie für einen allenfalls notwendigen vorübergehenden Weiterbetrieb der Leitung über August 2021 hinaus von grundsätzlich jedem betroffenen Grundeigentümer eine Einwilligung benötigen. Dank der verschiedenen Kleinen Anfragen des Abgeordneten Manfred Kaufmann im Landtag beziehungsweise dank der Antworten darauf von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Daniel Risch, Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport, ist der aktuelle Stand der Arbeiten öffentlich bekannt. Demnach liegt ein Planungskorridor vor, der die gesamte Breite des Rheintals zwischen Balzers und Trübbach umfasst. Es sollen also verschiedene Varianten über Schweizer und

Liechtensteiner Hoheitsgebiet geprüft werden, darunter auch die unterirdische Verlegung. In der Schweiz kennen die Behörden das Sachplanverfahren Übertragungsleitungen (SÜL). Massgebend sind dabei das Bundesamt für Energie, Bern, sowie der Antragsteller Swissgrid, einbezogen werden die betroffenen Kantonsbehörden von St. Gallen beziehungsweise Graubünden. Passend dazu sind auf liechtensteinischer Seite neben dem Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport insbesondere das Amt für Volkswirtschaft (Koordination) und das Amt für Umwelt involviert. Die Gemeinde Balzers wird regelmässig einbezogen. Swissgrid weist darauf hin, dass die 220kV-Leitung zwischen Bonaduz und Rüthi weiter betrieben werden muss. Zudem sei die Leitung indirekt auch für die Stromversorgung von Liechtenstein wirksam, weil an deren Verlängerung die 110kV-Leitung nach Liechtenstein angeschlos-

sen ist. Die Leitung muss dazu keinesfalls zwingend über Balzers geführt werden. Technisch wäre ein direkter Anschluss an die 220kV-Leitung in Balzers möglich. Dies könnte sogar gewisse Vorteile aus strategisch-wirtschaftlichen Überlegungen oder für die Versorgungssicherheit unseres Landes haben. Leider ist das Projekt im heutigen Zeitpunkt noch nicht soweit fortgeschritten, wie gewünscht. Die auf Landesebene involvierten Stellen und Personen haben sich in der Vergangenheit aber sehr dafür eingesetzt, dass Lösungen gefunden werden. Seitens der Gemeinde unterstützen wir das Vorhaben mit besten Kräften. Die Einwohnerinnen und Einwohner dürfen sicher sein, dass sich alle Gemeindevertreter weiterhin für eine konstruktive gute Lösung für Balzers stark machen werden.

Hansjörg Büchel,
Gemeindevorsteher Balzers

LESERMEINUNGEN / FORUMSBEITRÄGE

Gefrustete Bürger

Abzocke und Stillstand

Zum Leserbrief von Georg Kieber im «Volksblatt» vom 14. Februar: Lieber Georg, du hast mir tief aus der Seele gesprochen. Ergänzend dazu möchte ich den indischen Pazifisten und Freiheitskämpfer Mahatma Gandhi (1869-1948) zitieren: «Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier». Diesen Ausspruch mögen sich alle gefrusteten Bürger unseres Landes dick hinter die Ohren schreiben und einmal darüber nachdenken.

Wolfgang Risch,
An der Halde 40, Triesen

Spitalpläne

So ein Spital braucht Liechtenstein nicht!

Die Regierung will nach der deutlichen Abfuhr in der Volksabstimmung von 2011 abermals ein neues Spitalgebäude bauen. Und zwar aufgrund des praktisch gleichen Konzepts und ohne die Strategie zu überdenken. Wie damals setzt sie weiterhin ohne Rücksicht auf Verluste auf eine Konkurrenzstrategie mit dem Spital Grabs, das aktuell 137 Millionen Franken in einen Neubau investiert und bald über eine hochmoderne Infrastruktur verfügen wird. Weiter keine Rolle spielen für die Regierung die Patienten-Fallzahlen, die nötig wären, um ein Akut-Spital in Vaduz wirtschaftlich nachhaltig zu betreiben. Im Jahr 2018 wurden am Landesspital Vaduz 1569 stationäre Fälle behandelt. Die Regierung quantifiziert das Potenzial für die Zukunft auf maximal 2300 stationäre Fälle. Das ist ambitiös und reicht dennoch nicht. In der von dieser Regierung in Auftrag gegebenen und veröffentlichten Studie von Price Waterhouse Coopers wird ausgeführt, dass es für ein Grundversorgerspital 4000 bis 5000 stationäre Fälle pro Jahr benötigt, um nachhaltig wirtschaftlich überleben zu können. Das Landesspital wird also auch mit neuem Gebäude niemals wirtschaftlich nachhaltig überleben. Das Defizit wird weiterhin zu Lasten der Versicherten und der Steuerzahler/innen gehen. Weiter ist es erklärtes Ziel der Regierung, über den 24-Stundennotfall am Landesspital die Notfälle zu zentralisieren, die heute von den Hausärztinnen und Hausärzten in den Gemeinden behandelt werden. Mit dem Resultat, dass zum einen die Grundversorgung über die Hausarztmedizin in den Gemeinden noch mehr ausbluten wird und zum ande-

ren die Kosten gezwungenermassen steigen werden. Denn eine Notfallbehandlung in einem Spital ist um ein Mehrfaches teurer als bei einem Hausarzt oder einer Hausärztin. Mit der vorgeschobenen Diskussion über die Infrastruktur - neues Gebäude auf grüner Wiese, Renovation in Vaduz oder Medicnova in Benden - lenkt die Regierung bewusst von der dringend benötigten Grundsatzdebatte über die Gesundheitsversorgung in Liechtenstein ab. Bewusst vermieden werden die entscheidenden Fragen: «Welche Leistungen brauchen wir? Und welche Rolle ist den anderen Akteuren im Gesundheitssystem zugeordnet, in Liechtenstein selbst und in der Region? Nicht zuletzt unter dem Kosten-Nutzen-Aspekt wären dies die entscheidenden Fragen. Übertragen auf den Bau eines neuen Schulhauses verfolgt die Regierung die simple Strategie: Wir bauen halt einmal ein neues Gebäude und schauen dann, ob genügend Schüler/-innen vorhanden sind. Dadurch soll die Gesundheitsstrategie für die nächsten 30 Jahre im wahren Sinne des Wortes zementiert werden. Langfristige Kosten und angebotene Qualität bleiben ungewiss! Es ist offensichtlich, dass in der Region heute schon ein Überangebot an Akut-Spitälern besteht, wie die Diskussion im Rheintal zeigt. Hier nun weitere gleichartige Kapazitäten aufzubauen, heisst, dass zwangsläufig mehr und möglicherweise unnötig behandelt werden wird. Damit steigen die Kosten für alle weiterhin an. Was wir benötigen, ist eine Spitalstrategie, welche Liechtenstein nützt. Und dieses Bedürfnis sieht die Freie Liste in einem spezialisierten Spital ohne Akutfälle, in welchem chronisch Kranke und ältere Menschen, auch nach der schnellen Entlassung aus einem Akutspital, ärztlich behandelt und rehabilitiert werden. Ein solch ergänzendes Angebot besonders in der Altersmedizin ist in Anbetracht der demografischen Entwicklung zukunftsweisend. Ein solches Spital kann auch kostendeckend betrieben werden, weil die Nachfrage vorhanden ist und zunehmen wird. Ausserdem wäre es nur billig, für unsere älteren Mitmenschen die nötige Infrastruktur in unserem Land zur Verfügung zu stellen. Was für ein Spital braucht Liechtenstein? Schicken Sie uns Ihre Meinung an info@freiliste.li.

Landtagsfraktion der Freien Liste

Verkehrspolitik

Mobilität für die Zukunft sichern

Mobilität ist seit Menschengedenken ein wesentlicher Teil des Seins. Jede

Person legt im Durchschnitt etwa 3.5 Wege pro Tag zurück, unabhängig vom Verkehrsmittel. Die Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse verursacht Verkehr. Jedoch nur dann «immer mehr Probleme mit Staus, Unfällen und Umweltbelastung» (Zitat aus Wahlwerbung der VU Vaduz), wenn man als Verkehrsmittel nur das Auto im Kopf hat. Aufgabe der Politik ist es, im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung ein Umdenken in der Verkehrsmittelwahl zu erreichen: mehr zu Fuss gehen, mehr Rad fahren, mehr öffentlichen Verkehr verwenden und mehr Fahrgemeinschaften bilden. Mehr Einwohner/-innen (heute circa 5600) und mehr Arbeitsplätze (heute circa 10 400, davon 86 Prozent Einpendler/-innen) in Vaduz bedeuten mehr Wege. Durch Betriebliches Mobilitätsmanagement inklusive Parkplatzbewirtschaftung möglichst aller Arbeitgeber kann die Zahl der Arbeitswege allein per Auto um etwa 20 Prozent reduziert werden. Zum Umsteigen braucht es aber bessere Infrastrukturen für den Fussverkehr (z. B. Tempo 30 im Äule nach Berner Modell), den Radverkehr sowie den öffentlichen Verkehr mit konsequenter Busbevorzugung. Die Einpendler/-innen nach Vaduz kommen zu gut 14 Prozent aus dem Bezirk Werdenberg, zu knapp 11 Prozent aus dem Bezirk Feldkirch, zu fast 9 Prozent aus Triesen, zu gut 8 Prozent aus Schaan und je zu gut 6 Prozent aus Balzers und dem Bezirk Sargans. Infrastrukturen müssen die hauptsächlichen Quellen berücksichtigen. Deshalb schlägt der VCL vor: zusätzliche Fuss-/Radbrücke Sevelen Kessiweg - Vaduz Süd; mittelfristig die S-Bahn «FL-A-CH» im 30-Minuten-Takt und langfristig die Regionalbahn Oberland im 15-Minuten-Takt. Ein Umsteigen der Einpendler/-innen nach Vaduz auf Fahrrad, ÖV und Fahrgemeinschaften entlastet die Strassen in Vaduz und auch in Schaan und Triesen in den Hauptverkehrszeiten deutlich. Dann kann der wirklich nötige Verkehr ohne Bau neuer Strassen wieder besser fließen.

VCL Verkehrs-Club Liechtenstein

Gemeindewahlen

Fragwürdige Äusserungen vom Vorsteher Büchel

Im Sonntagstalk vom 10. Februar 2019 hat der Balzner Gemeindevorsteher, Hansjörg Büchel, von der Moderatorin auf die auf der Helikopterbasis Balzers seit 19. Dezember 2018 stationierte Rettungshelikopterfirma AP3 angesprochen, zum Ausdruck gebracht, dass ihn

persönlich der Fluglärm nachts und an Sonn- und Feiertagen störe. Ich hoffe sehr, dass Hansjörg Büchel und all jene, die sich durch die Einsätze des Rettungshelikopters ab der Helikopterbasis Balzers - wann auch immer - gestört fühlen, niemals in die Situation kommen, dass sie einen Rettungshelikopter benötigen. Unabhängig aller anderen Umstände lässt eine solche Aussage und erst recht noch vom Gemeindevorsteher, der sich eigentlich für das Wohl der Bevölkerung einsetzen sollte, nur auf völliges Nichtvorhandensein von Einfühlungsvermögen schliessen und darauf, dass ihm offensichtlich sein persönliches Wohlbefinden und Ruhe wichtiger sind, als ein Mensch in Not, der irgendwo schnellstmöglich auf medizinische Hilfe angewiesen ist. Jemand mit einer solchen Einstellung ist für mich und sicher auch für viele andere Wahlberechtigte,

die nur über ein Fünkchen Mitgefühl für andere verfügen, nicht wählbar.

David Vogt,
Heliport Balzers AG

In eigener Sache

Hinweis zu Leserbriefen und Foren

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen; Rubrik «Foren»: 3000 Zeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen.

redaktion@volksblatt.li

Was du hast gegeben,
dafür ist jeder Dank zu klein;
du hast gesorgt für deine Lieben
von früh bis spät, tagaus, tagein.
Du warst im Leben so bescheiden,
viel Müh' und Arbeit kanntest du,
mit allem warst du stets zufrieden,
nun schlafe sanft in ewiger Ruh'.



Herta Öhri-Breuss

29. Juli 1928 – 15. Februar 2019

Nach einem erfüllten Leben ist unsere Mama, Schwiegermama, Nana, Urnana, Urunana, Schwester, Gotta, Tante und Schwägerin friedlich entschlafen. Wir werden sie stets in lieber Erinnerung behalten.

Ruggell, Schellenberg, Nofels, den 15. Februar 2019

In Dankbarkeit:

Deine Kinder:

Helmut und Bernadette Öhri-Heeb mit Familie
Barbara und Peter Büchel-Öhri mit Familie
Hubert und Sigrid Öhri-Marxer mit Familie
Marianne und Reinold Hasler-Öhri mit Familie
Irene und Thomas Kleinstein-Öhri mit Familie
Ingrid Öhri
Hans und Nicole Öhri-Elkuch mit Familie
Robert Breuss-Cirar mit Familie

Schwester:

Hilda Walch-Breuss

Verwandte und Freunde

Die liebe Verstorbene ist in der Friedhofkapelle in Ruggell aufgebahrt.

Den Seelenrosenkranz beten wir am Montag, den 18. Februar 2019, um 19.00 Uhr in der Pfarrkirche Ruggell.

Am Dienstag, den 19. Februar 2019 nehmen wir um 10.00 Uhr in der Trauermesse in der Pfarrkirche Ruggell Abschied von der Verstorbenen und geleiten sie anschliessend zu ihrer letzten Ruhestätte im Grab der Familie.

Das 7. Gedächtnis findet statt am 23. Februar 2019, das 30. am 16. März 2019, jeweils um 19.00 Uhr.

Anstelle von Kranz- und Blumenpenden bitten wir um Unterstützung von Hilfsorganisationen. Barspenden werden wir ebenfalls wohlthätigen Organisationen zukommen lassen.

Traueradresse: Helmut Öhri, Fuhraweg 6, 9491 Ruggell.